

Magazin für kommunale Bildungslandschaften 1 | 2016

bewegt

Schrumpfen

Wachsen

Integrieren

Bildung entwickelt Stadt.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

deutsche kinder-
und jugendstiftung



Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement

Agentur Großstädte

Englisch
Arabisch
Polnisch
Griechisch
Portugiesisch
Spanisch
Deutsch
Türkisch
Russisch

Lettisch
Serbisch
Edo
Fula
Igbo
Kurdisch
Plattdeutsch
Kriol
Luxemburgisch
Ga
Luo
Romanes
Twi
Griechisch
Mazedonisch
Litauisch
Hessisch
Lingála
Thai
Rumänisch
Kurdisch
Efik
Esan
Lettisch
Yoruba
Zazaki
Rumänisch
Tamil
Niederländisch
Swahili
Vietnamesisch
Serbisch
Koreanisch
Romanes
Urdu
Panjabi
Ungarisch
Bulgarisch
Albanisch
Eson
Polnisch



Lange Zeit durfte ich nicht lernen

Mit 18 Jahren flüchteten meine Eltern mit mir und meinem Bruder nach Deutschland. Das war 2012. Mein Vater kam sofort in ein Krankenhaus – er litt unter den Folgen von Folter. Meine Mutter, mein Bruder und ich kamen in das ZAST, die zentrale Aufnahmestelle in Bremen. Wir waren glücklich darüber, in Sicherheit zu sein und gleichzeitig war die Situation im ZAST fürchterlich. Es gab keine Rückzugsmöglichkeit für unsere Familie, Gemeinschaftsduschen, teilweise mussten Flüchtlinge auf dem Fußboden in Fluren schlafen.

Viel schwieriger als diese improvisierten Umstände war aber die Orientierungslosigkeit: Niemand hatte Zeit für Erklärungen, niemand zeigte uns die Wege, niemand hatte einen Rat. Die Mitarbeiter in den Flüchtlingsunterkünften gaben uns einen Asylantrag – aber über ihre Zuständigkeiten hinaus kannten sie sich wenig aus und konnten unsere Fragen kaum beantworten: Wo kann ich Deutsch lernen? Gibt es eine Bibliothek in der Nachbarschaft? Wie finde ich Arbeit? In welche Schule kann ich gehen? Wie komme ich an offizielle Papiere? Wem kann ich meinen in Russland erworbenen Bachelorabschluss zeigen und was ist er überhaupt wert in Deutschland?

Es waren nicht die Behörden, die mir durch den Dschungel von Ämtern, Abkürzungen und Zuständigkeiten halfen. Es waren Flüchtlinge, die schon einige Monate länger in Deutschland lebten, die mir wertvolle Tipps gaben.

Ich besorgte mir Sprachkurse, mehr als ich eigentlich durfte. Denn ohne einen Aufenthaltstitel hatte ich nur Anrecht auf vier Stunden Deutsch pro Woche. Sollte ich die restlichen Tage sinnlos in der Unterkunft verbringen? Ich lernte schnell und hatte bald Sprachstufe A1 erreicht. Mein Bruder hatte Glück: Er war noch schulpflichtig und durfte eine Oberschule besuchen. Ich war volljährig und der Besuch einer Schule ein unerfüllbarer Traum. Lange Zeit durfte ich nicht lernen. Es war mein Glück, dass ein Schulleiter mich viel später in sein Berufliches Gymnasium aufnahm und ich jetzt das deutsche Abitur nachholen kann. Ich kenne viele Flüchtlinge, die auch nach vielen Jahren Aufenthalt in Deutschland kein Deutsch sprechen, isoliert sind. Warum ist das so?

Meine Erfahrung ist: Nicht nur unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen betreut werden, auch Kinder und Erwachsene, die als Familie hier ankommen, brauchen eine Ansprechperson. Wenn die Eltern keine Wege finden, sich weiterzubilden, sich zu qualifizieren – dann wirkt sich das auf die Kinder aus. Woher sollen sie den Ansporn nehmen? Dazu kommen viele negative Erfahrungen, abschätzende Blicke, abwertende Bemerkungen oder Mitleid statt Respekt.

Es gibt viele gut gemeinte Angebote in den Flüchtlingsunterkünften. Aber brauchen wir wirklich so etwas wie einen Fahrradreparaturkurs? Wir brauchen Beratung, wie wir uns weiterbilden können und qualifizierte Arbeit finden. Wir brauchen Möglichkeiten, außerhalb der Flüchtlingsheime zu lernen, uns in den Nachbarschaften im Quartier einzubringen. Wir brauchen kulturelle Angebote, ein öffentliches Klima, in dem wir nicht als Opfer, sondern als neue Bürger in der Stadt gesehen werden. Wir haben unsere Träume, Wünsche, Unzulänglichkeiten – aber auch Fähigkeiten, Wissen und Erfahrungen, die wir einbringen möchten. Doch wir brauchen Hilfe, um Türen zu öffnen.



Mariyam Beglaryan hat im Rahmen eines Think Big-Projektes der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung gemeinsam mit einem Mitarbeiter der Flüchtlingsunterkunft Quidde Straße Kadri Selman einen Wegweiser für Geflüchtete in Bremen erarbeitet. Fotos und Wegbeschreibungen entlang der Straßenbahnrouen bieten eine wichtige Orientierung für die ersten Monate.



www.jugendhilfeportal.de/material/wegweiser-fuer-asylbewerberinnen-und-asylbewerber-in-der-stadt

SCHRUMPFEN – WACHSEN – INTEGRIEREN: Bildung entwickelt Stadt.

Große Städte müssen oft in kürzester Zeit auf hochdynamische gesellschaftliche Prozesse reagieren. Aktuell stellt die hohe Anzahl von Geflüchteten die Anpassungsfähigkeit und Belastbarkeit von kommunaler Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft auf die Probe.

Eine Gesamtstrategie für Bildung und Kooperationen im Rahmen eines kommunalen Bildungsmanagements schafft nicht nur finanzielle, personelle und zeitliche Vorteile. Sie eröffnet auch den Raum, ungewohnte Lösungen zu erarbeiten und neue Partner einzubeziehen.

Wir möchten zeigen, wie eine kommunale Bildungslandschaft als Motor für die Entwicklung von Städten wirken kann – auch und vor allem dann, wenn die Anforderungen groß sind.

Mit der zweiten Ausgabe des Magazins „bewegt“ geben wir Einblicke in Arbeitsprozesse und Umsetzungsstrategien von Kommunen, die ihr Bildungsmanagement kontinuierlich weiterentwickeln.

*Ihre
Transferagenturen für Großstädte*

Inhalt

bewegt 1/2016



6 FRAGEN AN: PROF. DR. KLAUS J. BADE

06 „Alles entscheidet sich in den Kommunen“

Der Migrationsforscher im Gespräch über Integration und wie sie gelingt

QUERGEDACHT

08 Auf vorhandene Strukturen bauen

Stadt, Land und Stiftung verantworten gemeinsam ein Projekt, um jungen Menschen das Ankommen zu erleichtern



WER VISIONEN HAT ... KANN EINE STADT VERÄNDERN

10 „Die Zukunft unserer Stadt geht täglich durch die Türen unserer Kitas und Schulen“

Interview mit Dr. Manfred Beck, Stadtdirektor Gelsenkirchen



SEITENBLICK

12 Die Archäologie der Bildung in Städten

Ein Blick in die Geschichte kommunaler Bildungslandschaften

STADTSPAZIERGANG

14 Bildungslandschaft Mannheim - Bildung entwickelt Stadt

Wie Mannheim seine Verwaltung neu organisierte und warum die Kinder und Jugendlichen davon profitieren

KONTROVERS

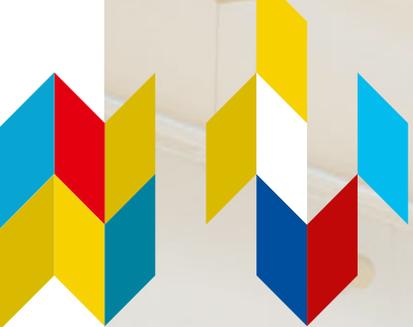
20 Weg mit den Fachressorts?

Diskussion zum Thema klassische Verwaltung oder Governance im Bildungsbereich

MEDIENTIPPS

22 Neue Migration und Bildungsmanagement

23 IMPRESSUM



Prof. Dr. Klaus J. Bade beim Video-Interview während des Kommunalsalons der Transferagenturen für Großstädte in Gelsenkirchen.

6 FRAGEN AN: PROF. DR. KLAUS J. BADE

„Alles entscheidet sich in den Kommunen“

Integration vollzieht sich immer vor Ort. „Ja, wo denn sonst?“, fragt sich Migrationsforscher Prof. Dr. Bade. Im Interview erklärt er, warum man Kommunen ernst nehmen und fördern sollte, damit die Integration von Geflüchteten nicht scheitert.

Momentan ist die Lage überall sehr angespannt, die Kommunen sind im Krisenmodus. Was braucht es, um die Situation zu meistern?

Dies ist eine ungewöhnliche Situation, aber so ungewöhnlich auch nicht. Vor einem Jahrhundert hatten wir die Massenzuwanderung aus dem preußischen Osten, z.B. die Ruhrpolen. Gelsenkirchen nannte man damals das „New York der Ostpreußen“. Wir hatten in Deutschland nach 1945 die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen, dann die Aussiedler, schließlich die Umsiedler aus den neuen Bundesländern. 1992/93 hatten wir über eine Million Zuwanderer, darunter allein 250.000 Roma. Es hat jeweils viele Probleme gegeben und häufig hat man gesagt: „Das wird nie klappen.“ Hinterher funktionierte es dann doch. Aber es gibt keine Zauberformel für die kommunale Integration bei Massenzuwanderung.

Ich gehe davon aus, dass wir das durchaus schaffen können – aber nur unter zwei Bedingungen: Erstens müssen die am meisten betroffenen Städte und Bundesländer entlastet werden. Und zweitens, wenn Deutschland selbst einen Teil seiner Flüchtlinge an andere Länder in Europa abgeben kann.

Mit Blick auf die Geschichte: Aus welchen Fehlern können wir lernen?

Erstens sollten zureichende Investitionen in die Integrationsförderung fließen. Denn je weniger man investiert, desto teurer kann das Ganze werden – von den sozialen Kosten gescheiterter Integration mal ganz abgesehen. Es ist geradezu albern, dass ein Land, das innerhalb von wenigen Wochen einen dreistelligen Milliardenbetrag zur Sicherung schrägliegender Banken aufwenden konnte, mit einigen Milliarden daherkommt, um Kommunen zu fördern. Das muss ein zweistelliger Betrag werden, und zwar jährlich.

Zweitens: Man sollte frühzeitig investieren. Denn nachholende Integrationsförderung ist immer viel teurer und ineffektiver.

Drittens: Man sollte einen klaren Blick für die gesellschaftlichen Realitäten haben und nicht das betreiben, was ich früher „defensive Erkenntnisverweigerung“ nannte – nach dem Motto „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“.

Viertens: Man sollte das alles tun, um den Einwanderern, Zuwanderern oder Zeitwanderern die Integration zu erleichtern und nicht unnötig zu erschweren.

Fünftens: Man sollte sich immer bemühen, die Mehrheitsbevölkerung mitzunehmen – denn die muss sich ja auch in diese hochkomplexe Einwanderungsgesellschaft integrieren. Ich habe deshalb in den 80er Jahren mal gesagt: „Integration ist keine Einbahnstraße!“

Kennen Sie Beispiele, wo Integration richtig gut gelaufen ist?

Die Annahme, dort, wo es keine Arbeit gibt, gelänge die Integration schlechter oder gar nicht, ist zu einfach. Denn Integration ereignet sich nicht nur, sie ist immer auch eine kommunale Gestaltungsaufgabe.

Das heißt, Integration gelingt in der Bundesrepublik zwar am besten, wo die Kommunen wohlhabend sind, wo die Sozialtats stimmen und wo Arbeitskräfte fehlen. Denn Arbeit ist neben Sprache die wichtigste Schiene der Integration. Integration gelingt jedoch oft am schlechtesten dort, wo man am wenigsten Erfahrung damit hat, nämlich dort, wo es wenige Zuwanderer gibt. Diese Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer ist ein ganz altes Problem.

Dies ist eine ungewöhnliche Situation, aber so ungewöhnlich auch nicht.

Prof. Dr. Klaus J. Bade



Integration muss man von „unten“ – von der kommunalen Ebene aus – denken. Dort gibt es Erfahrungen und Ideen genug.

Prof. Dr. Klaus J. Bade



Dort, wo viele Zuwanderer leben, hat man gelernt, damit umzugehen.

Wir haben aber quer durchs Land eine Art kulturelles Paradox: Auf der einen Seite gibt es eine wachsende Zahl von Menschen, für die kulturelle Vielfalt eine normale Alltagserfahrung ist. Auf der anderen Seite gibt es eine schrumpfende, aber umso lauter protestierende Zahl von Menschen, die dies für den kulturellen Untergang Europas halten. Also: Kulturpragmatiker einerseits, Kulturhysteriker andererseits. Dazwischen läuft der Kampf um die Mitte.

Wichtig ist es, darüber nachzudenken, wie man Integration fördern kann – auch wenn man als Kommune nicht besonders reich ist, auch wenn man keine stabilen Strukturen hat, auch wenn man keinen Mangel an Arbeitskräften hat.

Sie kritisieren gern das Wort „Willkommenskultur“. Warum?

Eine Willkommenskultur wäre schön. Aber so weit sind wir eben noch nicht, von Ausnahmen abgesehen. Denn das bedeutet mehr als das freundliche Begrüßen von immer neuen Zuwanderern an der Haustür. Wenn man eine Willkommenskultur haben will, muss man sich in gleicher Weise um die Menschen kümmern, die schon seit Generationen im Haus wohnen. Und da gibt es sehr unterschiedliche Behandlungsweisen.

Ich denke: Wir sind unter dem Stichwort „Willkommenskultur“ in der breiten Öffentlichkeit sehr viel weiter als in der Politik. Denn gäbe es das gewaltige ehrenamtliche Engagement bei diesem Massenandrang von Flüchtlingen nicht, dann hätten wir auch den Weg, den wir bislang gemeinsam zurückgelegt haben, nicht geschafft.

Das heißt: Die engagierte Öffentlichkeit, die Bürgergesellschaft, war hier der Politik voraus und wollte dreierlei. Erstens: Ein Zeichen setzen gegenüber geistigen Brandstiftern, praktischen Mordbrennern und allgemein gegenüber Asylkritikern – die dann Verfassungsfeinde sind, wenn sie das Asylrecht grundsätzlich in Frage stellen. Denn das Asylrecht ist als Grundrecht ein zentrales Element unserer Verfassung.

Zweitens wollten sie den Flüchtlingen helfen. Und drittens wollten sie die anfangs konzeptlos streitende Politik auf der Bundesebene

mobilisieren, damit sie sich in Bewegung setzt. Das ist sehr erfolgreich gewesen und hat von unten nach oben – also von den Kommunen aus – gewirkt.

Insgesamt gilt: Wir müssen teilen lernen. Spenden heißt noch nicht teilen und Willkommensgrüße sind noch keine Willkommenskultur.

Glauben Sie, dass die Transferinitiative des Bundes für die Kommunen eine Hilfe sein kann, um diese Herausforderung zu bewältigen?

Ich halte die Transferinitiative für ein ausgesprochen glückliches, wichtiges und notwendiges Element im Integrationszusammenhang. Weil sie Mittel verfügbar macht, die unabhängig sind, weil sie neue Ideen transportiert, weil sie die Kommunikation zwischen den Kommunen fördert, und weil sie die Kommunikation zwischen Kommunen, Bund und Ländern intensiviert.

Unser Eindruck ist, dass viele Kommunen trotz hoher Anforderungen den Krisenmodus verlassen wollen, um zu einer systematischeren und strukturierteren Eingliederung der Flüchtlinge in die kommunalen Bildungssysteme zu kommen. Welche Chancen sehen Sie darin für die Kommunen?

Integration muss man von „unten“ – von der kommunalen Ebene aus – denken. Dort gibt es Erfahrungen und Ideen genug. Die Kommunen brauchen mehr Entfaltungsspielräume, weniger Bevormundung, mehr Anerkennung und mehr Geld. Dann finden sie selbst aus dem Krisenmodus heraus. Hilfreich dazu sind die Bündelung der Kompetenzen in den Kommunen und ein koordinierter und institutionalisierter Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen.



LINKS

Dokumentation des Kommunalsalons „Neue Migration“ in Gelsenkirchen:

www.transferagenturen-grossstaedte.de/veranstaltungen/neue-migration



Fachgruppe „Diversität und Bildung“:

www.transferagenturen-grossstaedte.de/unsere-angebote/grossstadtnetzwerk/fachgruppe-diversitaet-und-bildung



QUERGEDACHT

Auf vorhandene Strukturen bauen



Phyllis Paul, Stadt Dortmund

„Dortmund ist schon lange eine Kommune mit guten Strukturen, die es ermöglichen Bildungsprozesse zu begleiten, Chancen zu eröffnen und die Zukunft der Kinder und Jugendlichen mitzugestalten. Mit dem Projekt „angekommen in deiner Stadt Dortmund“ können wir diese Strukturen nutzen und für die Zielgruppe der zugewanderten Jugendlichen ausbauen. Wir freuen uns, dass wir mit dem Projekt vielen Jugendlichen in Dortmund einen guten Start ermöglichen können.“

Die Ausgangslage:

Wie in den meisten Großstädten Deutschlands kommen auch in Dortmund viele junge Geflüchtete und Zuwanderer an. Die meisten müssen sich ohne deutsche Sprachkenntnisse orientieren und ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen. Die Stadt Dortmund suchte nach einer Lösung, um die Jugendlichen schnell in das Bildungssystem integrieren zu können.

Das Kooperationsangebot der Walter Blüchert Stiftung:

Die Walter Blüchert Stiftung bot der Stadt Dortmund auf Vorschlag des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (MSW) eine Kooperation an: Die Stiftung schlug vor, das Format der SchlaU-Schule in Dortmund umzusetzen, um geflüchteten Jugendlichen den Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Vorüberlegungen:

Gemeinsam erarbeiteten die Walter Blüchert Stiftung, das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW und die Stadt Dortmund ein Konzept.

Fragen, die sich die Kooperationspartner dabei stellten:

- Passt das Konzept der SchlaU-Schule auch nach Dortmund?
- Wie kann Integration von Beginn an gelingen?
- Wie können Doppelstrukturen vermieden werden?
- Wie können zusätzliche Angebote in bestehende Strukturen eingebunden werden?

Blick nach München - schulanaloger Unterricht für junge Flüchtlinge:

In der SchlaU-Schule in München werden unbegleitete Flüchtlinge zwischen 16 und 21 Jahren unterrichtet. Die Schülerinnen und Schüler erhalten eine Ausbildung analog zum Kernfächerkanon der bayerischen Mittelschulen und werden individuell gefördert. Ziel ist es, dass die jungen Menschen einen Schulabschluss machen und anschließend eine weiterführende Schule bzw. eine Ausbildungsstätte besuchen können. Finanziert wird das Münchener Projekt von öffentlichen Mitteln, Stiftungsmitteln und Spenden. Die Stadt Dortmund hat die SchlaU-Schule besucht, um sich vor Ort einen Eindruck von dem Konzept zu verschaffen.

Lessons:

Es braucht Zeit, um einander kennenzulernen und sich ein gemeinsames Verständnis zu erarbeiten.

Vom ersten Kennenlernen bis zur Umsetzung des Projekts ist ein dreiviertel Jahr vergangen. Das war auch gut so und für die Beziehungsarbeit und das gemeinsame Arbeiten auf Augenhöhe wichtig. Deshalb würde ich anderen Kommunen empfehlen, von vornherein Zeit einzuplanen. Denn eine enge und transparente Zusammenarbeit braucht Zeit.

Phyllis Paul, Stadt Dortmund

“

Ziel der Stadt Dortmund:

Etablierung eines regionalen, zielgruppenspezifischen, bedarfsgerechten, kompetenzorientierten und ganzheitlichen Bildungsangebots für geflüchtete und zugewanderte junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren in Dortmund

Das Ergebnis:

Das Projekt „angekommen in deiner Stadt Dortmund“ für junge Flüchtlinge und Zugewanderte zwischen 16 und 25 Jahren ruht auf zwei Säulen:

- passgenauer und bedarfsorientierter Unterricht für einen schnellen Schulabschluss
- außerschulische Unterstützung durch kontinuierliche Begleitung und Betreuung an einem festen Ort

Die Kooperation:

Alle Kooperationspartner treffen sich vierteljährlich in einem Lenkungsausschuss, um Aktuelles oder mögliche konzeptionelle Änderungen abzusprechen.

So geht's weiter:

Die Walter Blüchert Stiftung plant den Ausbau des Projekts.

Walter Blüchert Stiftung

- Konzeptentwicklung mit dem MSW und der Stadt Dortmund
- Pilotierung in Dortmund: Beratung, finanzielle und personelle Unterstützung
- landesweiterweiter Auf- und Ausbau

Stadt Dortmund

- Dienstleistungszentrum Bildung: intensive individuelle Erstberatung
- Adam's Corner als außerschulischer und informeller Lernort
- unterschiedliche Unterstützungsangebote von Deutschförderung bis zu Schwimmkursen
- zehn Dortmunder Berufskollegs: Angebot von Spezialklassen
- Aufbau von Kooperationen mit verschiedenen Projektpartnern, z. B. TU Dortmund, Borussia Dortmund, Unternehmen
- Durchführung von organisierten Ferienprogrammen mit Kooperationspartner CLIMB GmbH

Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen

- Bereitstellung einer Lehrerstelle: pädagogische Leitung des Projekts, Mitwirkung bei der Betreuung, Beratung und Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler, enge Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren

Transfer nach Münster:

Das Projekt „angekommen in deiner Stadt“ ist im Frühjahr 2016 auch in Münster gestartet und ist ein neuer, wichtiger Bestandteil des Münsteraner Konzepts zur Beschulung, Betreuung und Begleitung von Flüchtlingen, Neuzugewanderten sowie Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern. Münster steht dabei im Austausch mit Dortmund.

Es ist die besondere Stärke unserer Stiftung, strukturelle Hindernisse zu beseitigen, neue Ideen für die Nutzung vorhandener Ressourcen zu entwickeln und Kooperationspartner zu vernetzen. Wir können dafür sorgen, dass der Blick im Alltag über den Tellerrand hinaus gerichtet wird, und Partner zusammenbringen, die sich bei der Lösung von Problemen ergänzen und so Dinge bewegen, bei denen einzelne Akteure an ihre Grenzen stoßen.

Prof. Dr. Gunter Thielen, Walter Blüchert Stiftung

“

„Die Zukunft unserer Stadt geht täglich durch die Türen unserer Kitas und Schulen“

Zwar erlebt Nordrhein-Westfalen schon seit Jahren die Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa. Der aktuelle Flüchtlingsstrom stellt aber auch zuwanderungserprobte Städte, wie Gelsenkirchen, vor besondere Herausforderungen. Und dennoch oder gerade deshalb hält Stadtdirektor Manfred Beck an seiner Vision für Gelsenkirchen fest.



Gelsenkirchen hat aktuell akute Probleme zu bewältigen – bleibt da Zeit für den Aufbau integrierter Strukturen?

In Gelsenkirchen brennt die Hütte, richtig. Wir haben jedoch ein Interesse daran, diese Herausforderung qualifiziert anzugehen. Natürlich müssen Notmaßnahmen laufen, Notunterkünfte werden von Flüchtlingen bezogen, z. T. noch ehe die Inneneinrichtung fertig ist. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass das Gemeinschaftsleben weiter funktioniert – mit Neuzuwanderern, mit Flüchtlingen. Gerade weil das so ist, ist es notwendig, Input zu erhalten, sich mit anderen Kommunen darüber auszutauschen und Konzepte zu erstellen – was wir für die EU-Binnenwanderung und die Integration von Flüchtlingen getan haben.

Sie haben in Gelsenkirchen seit Jahren mit verstärkter Zuwanderung zu tun. Helfen Ihnen diese Erfahrungen, mit dem aktuellen Flüchtlingsstrom umzugehen?

Sie helfen natürlich im Grundsatz, weil die Instrumente, die wir entwickelt haben, die richtigen sind für Menschen, die ohne Kenntnisse der deutschen Sprache und Kultur in dieses Land kommen. Sie helfen allerdings nur begrenzt dort, wo es wirklich um Notmaßnahmen geht: Wir mussten beispielsweise eine Eishalle in Gelsenkirchen umrüsten, um 300 Menschen kurzfristig unterzubringen. Solche Dinge sind neu und „flüchtlingsspezifisch“. Viele andere Mechanismen sind jedoch aufgrund von Zuwanderung aus anderen EU-Staaten erprobt: die Brückenfunktion zum Übergang in Regelsysteme, wie Kindertageseinrichtungen, Schulen, oder Stützmaßnahmen zum Übergang Schule-Beruf. Unsere Mobile Kita als eine dieser Brückenmaßnahmen ist z. B. breit durch die Medien gegangen.

Interview mit Dr. Manfred Beck, Stadtdirektor Gelsenkirchen für Kultur, Bildung, Jugend, Sport und Integration



Integrierte Planung in den Kommunen wird durch einige Landesprogramme in NRW gefördert. Die Transferinitiative des BMBF unterstützt darüber hinaus Kommunen beim Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements. Wie lässt sich darauf aufbauend eine kommunale Strategie entwickeln?

Zum einen ist es hilfreich, wenn sich Kommunen entsprechend ihrer eigenen Strukturen aufstellen. In Gelsenkirchen haben wir sehr früh das Jugendamt mit der Schulverwaltung zusammengelegt, um Erziehung und Bildung aus einem Guss zu erzeugen. Beides befindet sich in meinem Dezernat, in dem auch das kommunale Integrationszentrum eingebunden ist. So ist der fachliche Austausch gewährleistet. Die Frage ist, welchen Stellenwert das alles in einer Stadtverwaltung und -gesellschaft hat. Der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen betont bei jeder Gelegenheit, dass die Zukunft dieser Stadt täglich durch die Türen unserer Kindertageseinrichtungen und Schulen gehe. Darauf fußt unsere kommunale Strategie. Das Programm „Kein Kind zurück lassen“ muss auch für Neuzuwanderer-Kinder gelten.

Was ist schwieriger für eine Stadt: schrumpfen oder wachsen?

Schrumpfen ist eine Herausforderung, weil es darum geht, Strukturen zurückzubauen, und das in Zeiten, in denen die Finanzen für eine bedarfsgerechte Infrastruktur fehlen. Weniger Einwohner bedeuten geringere finanzielle Zuflüsse. Das Zurückführen von Strukturen kostet aber auch Geld. Um es mal ganz platt zu sagen: „Wenn Strukturen schrumpfen, sind Schulen nicht mehr an der Stelle, wo sie gebraucht werden.“

Das Umsteuern von Schrumpfen auf Wachsen ist eine erneute Herausforderung, die auch die staatliche Seite betrifft. Wenn ich der Kommu-

nalaufsicht erzähle, dass wir leider die Schulgebäude weiterhin benötigen, die wir aufgeben wollten, sagt sie mir: „Und was liefern Sie alternativ, Herr Beck?“ Das ist eines der Probleme, mit denen wir umzugehen haben.

Ich finde es deshalb spannend, dass wir uns in einer solchen Situation dafür entschieden haben, am Wettbewerb des BMBF „Zukunftstadt 2030+“ mitzuwirken. Wir haben die erste Stufe bewältigt und wollen im nächsten Schritt unser akutes Problem einbauen. „Zukunftstadt“ heißt auch „Zukunftstadt mit Zuwanderung“. Zuwanderung von Menschen, die aus Regionen mit großer Armut, aus Kriegssituationen kommen, die traumatisiert sind. Das schlägt sich in den Familien nieder. Es prägt das Leben.

Mit „Zukunft Stadt 2030+“ setzen Sie offensiv auf Zuwanderung als eine Chance für Gelsenkirchen. Was ist Ihre Vision für das Jahr 2030?

Unsere Vision ist die einer „lernenden Stadt“. Wir orientieren uns dabei sehr stark am Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen. Im Kern geht es darum, allen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie allen Institutionen etwas zu vermitteln, was die Deutsche UN-Kommission als „Gestaltungskompetenz“ bezeichnet. Dies ist Voraussetzung für die Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Ich bin der festen Überzeugung, dass es mit dem Ruhrgebiet wieder aufwärts geht und bei diesem Prozess die heutigen Neuzuwanderer ihre Rolle spielen werden. 2030 wird es hoffentlich nur noch Einzelfälle von Schülerinnen und Schülern ohne Abschluss in Gelsenkirchen geben und für jede und jeden einen vernünftigen Einstieg in das Berufsleben. An der Gestaltung des Gemeinwesens werden alle Gruppen von Einwohnern mitwirken.

Wir geraten ständig in Versuchung, das Rad neu zu erfinden – das muss nicht sein. Darum freut es uns sehr, mit den Transferagenturen die Möglichkeit zu eröffnen, den Wissens- und Erfahrungstransfer zu optimieren.

Dr. Manfred Beck



LINKS

Dokumentation des Kommunalsalons „Neue Migration“ in Gelsenkirchen:

www.transferagenturen-grossstaedte.de/veranstaltungen/neue-migration



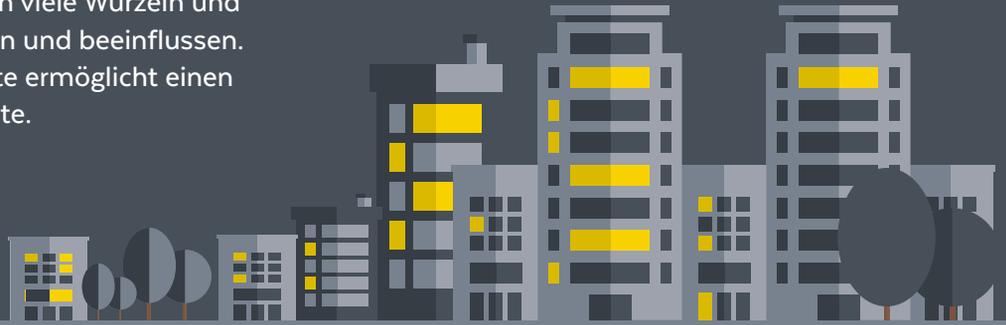
Fachgruppe „Diversität und Bildung“:

www.transferagenturen-grossstaedte.de/unsere-angebote/grossstadtnetzwerk/fachgruppe-diversitaet-und-bildung



Die Archäologie der Bildung in Städten

Kommunale Bildungslandschaften haben viele Wurzeln und Traditionen, die sich gegenseitig bedingen und beeinflussen. Unsere archäologische Ausgrabungsstätte ermöglicht einen – unvollständigen – Blick in die Geschichte.



2015

„Im Ergebnis wird Deutschland in der nächsten Generation ein stärkeres, vitaleres, dynamischeres Land werden.“

Roger Cohen, *New York Times*

In den bundesdeutschen Großstädten stellen innereuropäische Arbeitsmigration und die Einwanderung von über einer Million Geflüchteter große Herausforderungen dar. Die Kommunen entwickeln neue Kooperationsmodelle mit der Zivilgesellschaft, neue pädagogische Konzepte und neue Ansätze, um die Bildungssysteme an die neue Diversität in den Städten und Gemeinden anzupassen.

2006

Kulturelle Bildung für alle

Die UNESCO-Weltkonferenz in Lissabon empfiehlt die systematische Stärkung der kulturellen Bildung und ihre verbindliche Verankerung in Bildungsstrukturen.

2001

Der PISA-Schock

Die internationale Vergleichsstudie schockiert die Bundesrepublik. Der in Deutschland besonders ausgeprägte Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg, der insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund benachteiligt, wird zum Anlass für zahlreiche bildungspolitische Initiativen.

2003

Vier Milliarden für ganztägiges Lernen

Mit dem „Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB)“ fördert die Bundesregierung den massiven Ausbau der Ganztagschulen.

1970er

Bildung und Kultur für alle

Die Regierung Willy Brandt leitet eine umfassende Bildungsreform ein. Auch die Kultur verlässt ihre Tempel und geht in die Stadtteile und aufs Land.

2009

„Lernen vor Ort“

Das Bundesprogramm fördert gemeinsam mit einem Stiftungsverbund 40 Modellkommunen beim Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements. Datenbasierung und Systematisierung, ressortübergreifende Steuerung und Kooperation mit nicht-kommunalen Partnern sind die Herausforderungen des Programms.

2007

Das Modellprogramm „Lokale Bildungslandschaften“

In vier Modellregionen fördert die Bundesregierung lokale Bildungslandschaften, die nicht mehr schulzentriert sind, sondern die systematische Aktivierung des informellen und non-formalen Lernens ermöglichen sowie die herkunftsbedingte Bildungsbenachteiligung aufheben sollen.

1995

„Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“

Die vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau ins Leben gerufene Bildungskommission spricht sich für die Entwicklung regionaler Bildungslandschaften aus.

ZEITALTER DER BILDUNGSEXANSION

FRÜH- UND VORGESCHICHTE

1920er

Demokratie und Kritik

Die Pauk- und Drillschulen des Kaiserreichs taugen nicht für eine demokratische Gesellschaft. Überall entstehen kritische reformpädagogische Schulen, die über handlungsorientierten Unterricht die Selbsttätigkeit der Schülerinnen und Schüler und die Erziehung zur Demokratie in den Mittelpunkt stellen.

1949

Pluralismus gegen Extremismus

Aus der Erfahrung des Nationalsozialismus werden in der Bundesrepublik Bildung, Erziehung und Kultur dezentral zur Ländersache erklärt. In der Deutschen Demokratischen Republik ist Bildung Staatsaufgabe, um die antifaschistische Erziehung der Jugend zu gewährleisten.

1933

Faschismus und Indoktrination

Im Nationalsozialismus sind Schulen und Jugendverbände der Ort rassistischer Erziehung.

1524

Die Schulpflicht – die Erfindung der Freiheit

Martin Luther fordert die Einrichtung von allgemeinen Schulen für Mädchen und Jungen. Kinder sollen nicht mehr arbeiten, sondern zur Schule gehen. Erst seit wenigen Jahren besteht in fast allen Bundesländern auch eine Schulpflicht für geflüchtete Kinder – unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

1871

La Commune de Paris – Die erste kommunale Bildungslandschaft

Die Communarden fordern Bildung für alle und die Gleichberechtigung von Frauen.



2014

Die Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement

Mit der Transferinitiative des Bundes werden Städte und Kreise unterstützt, die ein kommunales Bildungsmonitoring und -management aufbauen oder verbessern möchten. Acht Transferagenturen beraten Leitungs- und Fachkräfte der kommunalen Politik und Verwaltung zu anstehenden Veränderungsprozessen, bieten Gelegenheit zum gezielten Austausch mit anderen Städten und helfen bei der Umsetzung erprobter Lösungen.

2012

Die Münchner Erklärung

Der Deutsche Städtetag fordert mehr Zuständigkeiten für die Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaften und entsprechende Ressourcen.

2007

Ganzheitliche Bildung in der Kommune

Der Deutsche Verein legt ein Papier zum „Aufbau Kommunaler Bildungslandschaften“ vor. Ausgangspunkt ist ein ganzheitliches Bildungsverständnis, das den engen Rahmen schulischer Bildung verlässt und soziales, schulisches und emotionales Lernen verknüpft.

2007

Die Aachener Erklärung

Der Deutsche Städtetag fordert den umfassenden Umbau des Bildungssystems, um demokratische Teilhabe und Chancengleichheit zu gewährleisten. Die Kommunen sollen eine starke Rolle für Bildung vor Ort bekommen. Kulturelle Bildung wird als wesentlicher Bestandteil für gelingende Bildungsbiografien gesehen.

2005

Der 12. Jugendbericht - Bildung vor Ort gestalten

Kommunale Bildungslandschaften sollen Schule, Kinder- und Jugendhilfe, kulturelle Einrichtungen, Verbände und Vereine, Institutionen der Gesundheitsförderung, private und gewerbliche Akteure vor Ort zusammenbringen. Nur konkret vor Ort in den Kommunen kann ein konsistentes und hochwertiges Bildungssystem entwickelt werden.

1995

Kinder brauchen Stadt

Mit der Tübinger Erklärung rücken Wissenschaftler die Stadt als Lebens- und Bildungsraum für Kinder in den Fokus und fordern mehr Qualität für städtische Räume.

2004

Regional governance

Bildung kann immer weniger nur politisch-administrativ gesteuert werden. Die EU stärkt deshalb partizipative Steuerungsformen. Ein Paradigmenwechsel von der Intervention zur Kooperation findet statt.

2001

„Lernende Region“

Die Bundesregierung fördert 70 lernende Regionen, um die Vernetzung von Bildungsanbietern zu ermöglichen und „offene Zugänge zu den Lernwelten von morgen“ zu schaffen.

2000

Regionalisierung als europäische Strategie

Die Kommission der Europäischen Union forciert die Regionalisierung des Lernens. Dazu sollen in den Städten und Regionen die Strukturen verbessert werden, um allen Menschen Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

1962

Lernen im Lebenslauf

Erstmals findet das Schlagwort *lifelong education* Eingang in internationale Konferenzen. Bildung wird zum Transmissionsriemen der Wissensgesellschaft, *life long learning* das Schlagwort des Strukturwandels vom Fordismus zum Postfordismus.

1833

Wissen ist Macht

In Erlangen schließen sich erstmals Arbeiter zu einem Arbeiterbildungsverein zusammen. Unter Liebknechts Motto „Wissen ist Macht“ wird die Arbeiterbildung zu einer Wurzel der Erwachsenenbildung.

1896

Der Wandervogel - Aufbruch aus dem bürgerlichen Korsett

In Steglitz (Berlin) entsteht der Wandervogel, eine libertäre Jugendbewegung gegen die verkrustete wilhelminische Gesellschaft. Ihre Ideale werden zur Grundlage vieler demokratischer und antiautoritärer Bewegungen.

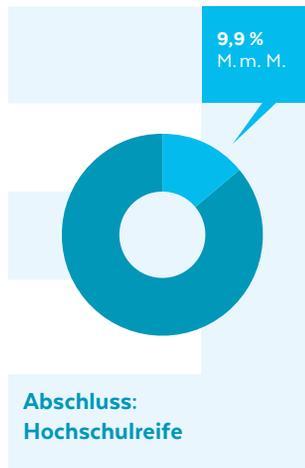
ÄRA DER REGIONALISIERUNG VON BILDUNG

DIE ÄRA DER BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT



Einwohnerinnen und Einwohner

328.831



Anteil der sprachlich förderbedürftigen Kinder



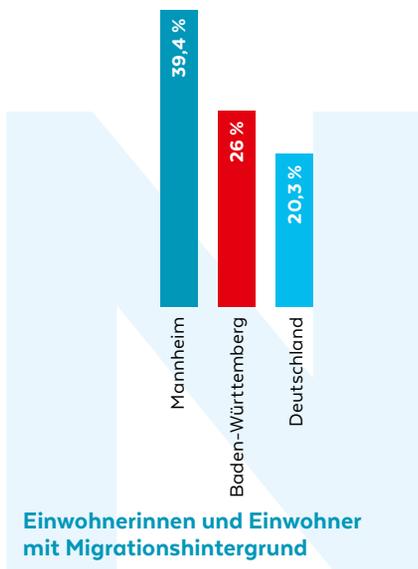
STADTSPAZIERGANG

Bildungslandschaft Mannheim - Bildung entwickelt Stadt

Um Mannheim zu verstehen, muss man im Quadrat denken. Nicht nur, um sich in den Strukturen des Straßennetzes zurechtzufinden. Sondern auch, um die Verwaltungsstruktur und Vernetzung zu verstehen. Vor mehr als acht Jahren begann, initiiert von Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz, ein umfangreicher Modernisierungsprozess. Davon profitiert vor allem der Bereich Bildung, wengleich er damit viel Verantwortung übernehmen musste.

Für Mannheim ist die Neue Migration nicht nur mit der aktuellen Zuwanderung aus Syrien verknüpft. Die Stadt ist seit jeher eingestellt auf Menschen mit Migrationshintergrund. 170 Nationen haben in der RheinStadt ihr Zuhause. Fast 40 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner haben einen Migrationshintergrund, bei den unter 10-Jährigen sind es sogar 60 Prozent. Viele Bildungsstrukturen sind bereits geschaffen, die Verwaltung ist gut eingerichtet.

Die barocke Planstadt hat, ausgehend vom Rathaus, über Jahre hinweg ein Netz voller Kooperationen und Partner gesponnen. Freie Träger, Bildungsträger und weitere Institutionen stehen im permanenten Austausch miteinander. Entwicklungspläne, Datenmonitoring und Fachberichte im Bereich Bildung bildeten dafür die Rahmenbedingungen.

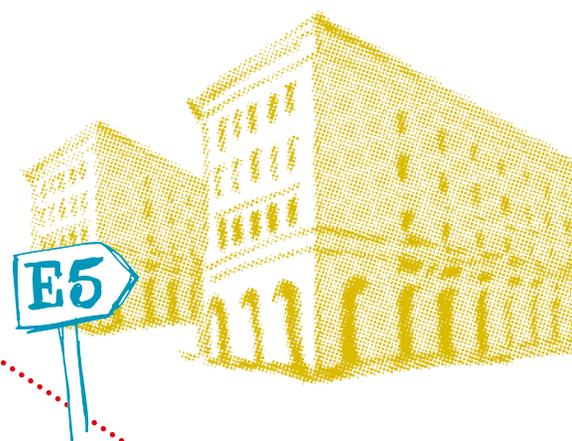


Das Rathaus - Integrierte Steuerung und Koordination

Mitten in der Stadt, im Quadrat E 5, steht das Rathaus. An diesem Ort startet unser Spaziergang durch die Bildungslandschaft Mannheim. Hier leitet Bürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb das Dezernat III, Geschäftskreis Bildung, Kinder, Jugend, Familie und Gesundheit. Von hier gehen die Impulse raus in die Stadtteile, wie den „Jungbusch“ (Innenstadt) oder die Neckerstadt-West. Stadtteile, die laut Mannheimer Sozialraumtypologie in die Kategorien 4 und 5 fallen, das heißt, mit großen sozialen und strukturellen Problemen zu kämpfen haben. Im Dezernat setzt man deshalb schon seit Jahren auf eine Systematisierung kommunaler Ansätze. Ein wichtiger Impuls für die Entwicklung eines kommunalen Bildungsmanagements für Mannheim war das Bundesprogramm „Lernen vor Ort“. Schon zu Beginn 2010 erarbeiteten die Behörden ihren ersten fachübergreifenden und interdisziplinären Bildungsbericht.

Nummer zwei folgte im Jahr 2013. „Wir haben durch den zweiten Bildungsbericht erfahren, dass der bundesweite Trend zu einem formal höheren Bildungsabschluss auch in Mannheim angekommen ist - und zwar für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund. Aber beide Gruppen haben dabei unterschiedlichen Erfolg. Signifikant weniger Jugendliche mit Migrationshintergrund erzielen hohe Bildungsabschlüsse. Hierin drückt sich eine Benachteiligung aus, der wir gezielt gegensteuern müssen“, so Freundlieb. Für Mannheim war diese ernüchternde Erkenntnis Ansporn, die Hintergründe der strukturellen Benachteiligung auszuleuchten und Maßnahmen für mehr Bildungsgerechtigkeit zu identifizieren.

Der „Entwicklungsplan Bildung und Integration“ war die logische Konsequenz aus dem Monitoringbefund und lieferte politische und strategische Hinweise. Die Expertise kam von der Konrektorin der Universität Bremen Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu. Auch Migranten-



Die Stadt Mannheim hat immer auf Migration und Zuwanderung gesetzt.

Dr. Ulrike Freundlieb
Bürgermeisterin



organisationen wurden befragt. Jeder Fachbereich nahm sich den Bericht zur Hand und definierte eigene Ziele in Form der angebotenen, kommunalen Leistungen und deren Wirkungsindikatoren. „Die Offenheit der Fachbereiche war von Anfang an da, weil die Verwaltung seit Jahren gewohnt ist, mit Zielen zu arbeiten. Die Festlegung von fachbereichsspezifischen Wirkungskennzahlen weist auf die Unterschiedlichkeit der Ausgangslagen in den unterschiedlichen Ressorts hin. Sie ermöglicht gleichzeitig eine Auswertung, welche durchgeführte Maßnahme und Handlung mit welcher Stringenz zur angestrebten Verringerung der Bildungsbenachteiligung führt“, betont Freundlieb.

Freundliebs Dezernat betreut ein Mannheimer Kind von der Geburt bis zum Einstieg in den Beruf, das ist neu und folgt dem Ansatz einer lebenslangen Bildungsbiografie. „Zwar nennen sich die Fachbereiche meines Dezernats Bildung, Jugend, Gesundheit und Kinderbetreuung, aber wir bearbeiten hier Stationen der vorschulischen, schulischen und non-formalen Bildung. Wir sehen die Fachbereiche ganz klar im Gesamtzusammenhang des lebenslangen Lernens“, so die Bürgermeisterin.

Mannheim setzt bei der Umsetzung einer gerechten kommunalen Bildungslandschaft auch auf die freien Träger, die im Auftrag der Stadt in vielen Bildungsbereichen mit ihrer Expertise gefragt sind. Der „Entwicklungsplan Bildung und Integration“ wird im nächsten Schritt nun auch für die Kooperationspartner des Dezernats zu einem konzeptionellen Rahmenplan. Allerdings setzte die Kommune hier auf die freiwillige Zusammenarbeit. Überzeugungsarbeit, Aushandlungsprozesse und faire Kooperationen sind notwendig, um

die freien Träger hier als dauerhafte Partner zu gewinnen.

„Bei der Auftaktveranstaltung waren alle Träger anwesend und dem Vorhaben sehr offen gegenüber.“ Geld wird keines fließen. Denn, so Freundlieb: „Wir reden bei der Herstellung von Bildungsgerechtigkeit nicht von einer Maßnahmen-, sondern von einer Haltungsänderung.“

Noch im Herbst dieses Jahres, dazu verpflichteten sich die Träger und auch die Stadt, soll anhand eines Berichts geprüft werden, wieviel die Öffnung des Entwicklungsplans bewirkt hat. Der Bericht soll die Ergebnisse von zwei Jahren veränderten Verwaltungshandelns darlegen und transparent machen, mit welcher eigenen Teilzielsetzung die verschiedenen Träger unterwegs sind. „Eine Art Bildungslandkarte für die Stadt Mannheim“, erklärt Freundlieb. Entwicklungsbedarf im eigenen Haus hat das Dezernat schon identifiziert. Nur wenigen Menschen mit Migrationshintergrund schaffen den Einstieg in den öffentlichen Dienst: „Denn laut Stadtstatistik müssten ja fast 60 Prozent aller Bewerberinnen und Bewerber einen Migrationshintergrund haben. Die Gründe, warum uns das nicht gelingt, sind jedoch sehr vielschichtig. An diesem Punkt kommen wir nicht so schnell voran, wie wir es uns erhofft haben.“

Die Willkommenschule - Zuwanderung managen

Die Situation Mannheims ist eine besondere: Die Stadt ist Landeserstaufnahmestelle (LEA). Circa 12.000 Asylbewerberinnen und Asylbewerber kamen hier in den letzten Monaten an und bleiben dort bis zu ihrer Zuweisung in

andere Kommunen. Viele sind in Teilen des Benjamin-Franklin-Village im Stadtteil Käfertal untergebracht. Als LEA bekommt die Kommune selbst laut Königsteiner Schlüssel keine Flüchtlinge dauerhaft zugewiesen. Doch Mannheim begreift trotz Zuständigkeit des Landes die Flüchtlinge in der LEA als Bürgerinnen und Bürger Mannheims und will deshalb deren Integration in die kommunalen Bildungsnetzwerke erleichtern. Lutz Jahre, Fachbereichsleiter Bildung: „Ein Drittel der Menschen in der Landeserstaufnahmestelle sind unter 18 Jahren. Sie haben einen langen Weg hinter sich und dann kommen sie hier an – aber erstmal passiert nichts.“ So entstand die Idee der Willkommenschule, die auf dem Gelände des „Franklin“ im Bereich des Columbus-Quartiers errichtet werden soll. „Es geht um die Schaffung eines Angebots, das die Wege in unsere Gesellschaft vom ersten Tag an erleichtert. Dabei ist es egal, ob es sich um Sprachförderung oder die bildungsbiografische Erfassung handelt. Wenn wir nicht früh handeln, wird die Integration schwieriger. Denn, egal mit welchem Rechtsstatus Zugewanderte nach Mannheim kommen, über die Bildung wollen wir frühzeitig die Möglichkeiten einer Integration schaffen“, sagt auch die Bürgermeisterin für Bildung Dr. Ulrike Freundlieb.

Koordiniert wird die Willkommenschule vom Fachbereich Bildung. Fünf volle Stellen sind bereits beschlossen, Räume auf dem Gelände gewonnen. Durch eine hauptamtliche Koordination sollen die Aktivitäten von Stadtbibliothek, Jugendamt, Musikschule, Ehrenamtlichen, lokalen Betrieben und nicht zuletzt auch Migrantinnen und Migranten systematisch verzahnt werden. Die Planungen stehen noch am Anfang, aber nehmen Schritt für Schritt Gestalt an. Solch unkonventionelle Wege



Wir reden bei der Herstellung von Bildungsgerechtigkeit nicht von einer Maßnahmen-, sondern von einer Haltungsänderung.

Dr. Ulrike Freundlieb
Bürgermeisterin



Mehrsprachige Kinderliteratur im Umlauf



sind möglich, weil Mannheim im Rahmen des kommunalen Bildungsmanagements langjährige Erfahrung in der systematischen Vernetzung der Bildungsakteure hat. Auch fachlich ist Mannheim im Bereich Diversität und Bildung gut vorbereitet. Mit dem von allen Ämtern getragenen Entwicklungsplan „Bildung und Integration“ sind die Voraussetzungen für ein koordiniertes Handeln geschaffen. So entstand ein dicht gewobenes Netzwerk mit vielen Akteuren. „Deshalb sind die Wege zur Zusammenarbeit aller Akteure in Mannheim sehr kurz“, betont Fachbereichsleiter Lutz Jahre.

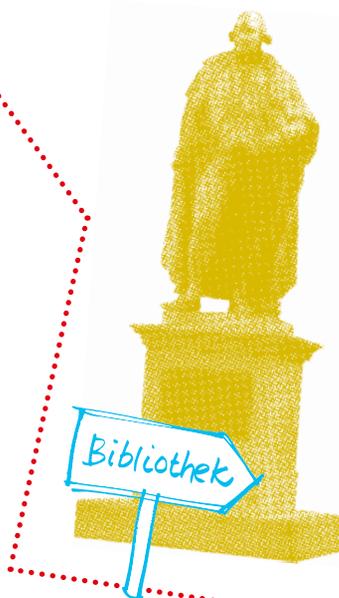
Die Bibliothek der Zukunft – Treffpunkt der urbanen Wissensgesellschaft

Auf dem Weg durch Mannheims Quadrate geht es über den zentral gelegenen Paradeplatz zur Stadtbibliothek. Diese ist seit 2008 dem Fachbereich Bildung zugeordnet und unter anderem mit elf Zweigstellen in Mannheim präsent. Vor der Umstrukturierung war sie dem Dezernat für Kultur angegliedert. Dr. Bernd Schmid-Ruhe leitet die Bibliothek: „Wir haben eine konsequente Pädagogisierung unserer bibliothekarischen Arbeit vorgenommen. Durch die Anbindung an den Fachbereich Bildung definieren wir ganz klar: Wir sind eine Bildungseinrichtung!“ Die 2.700 Veranstaltungen im Jahr wimmeln nur so von Kooperationen mit Schulen, Vereinen und anderen Bildungs- oder Kulturinstitutionen. Das interkulturelle Angebot „colibri – colourful library“ ist eine davon. Hier wird mehrmals im Monat Deutsch gelernt oder das vertieft, was in offiziellen Integrationskursen gelehrt wird. Die Teilnahme ist unkompliziert: ohne Anmeldung, ohne Zwang zum regelmäßigen Besuch und unabhängig von Alter, Herkunft und Kultur. So ähneln die Bibliotheken mehr einem lebendigen Bürgertreff im Stadtteil als einer althergebrachten Bibliothek.

Auch im nahegelegenen Dalberghaus dominiert eine kommunikative und nutzerfreundliche Atmosphäre. Neben der Kinder- und Jugendbibliothek sind im Dalberghaus die Musikbibliothek und das multimediale N³-Bibliothekslabor angesiedelt. „Das ist die Bibliothek der Zukunft: Ein Ort, an dem Kinder und Jugendliche zusammenkommen, reden, zusammensitzen oder gemeinsam an etwas arbeiten. Das war früher nicht so. Heute haben wir an manchen Nachmittagen keinen einzigen Sitzplatz mehr frei. Hier haben Kinder und Jugendliche Räume, die sie sonst nirgendwo in der Stadt haben“, sagt Schmid-Ruhe.

Kerngeschäft ist nicht mehr die klassische Ausleihe, sondern der Kontakt mit den Nutzern, die Schaffung von kommunikativen Räumen, die Erarbeitung von Kooperationsstrukturen mit Schulen, Kitas und anderen Institutionen.

Im wohnlichen Teil der Bibliothek sind Kissen, Decken und Sitzgelegenheiten zu finden. Hier machen es sich zum Beispiel Kindergartenkin-

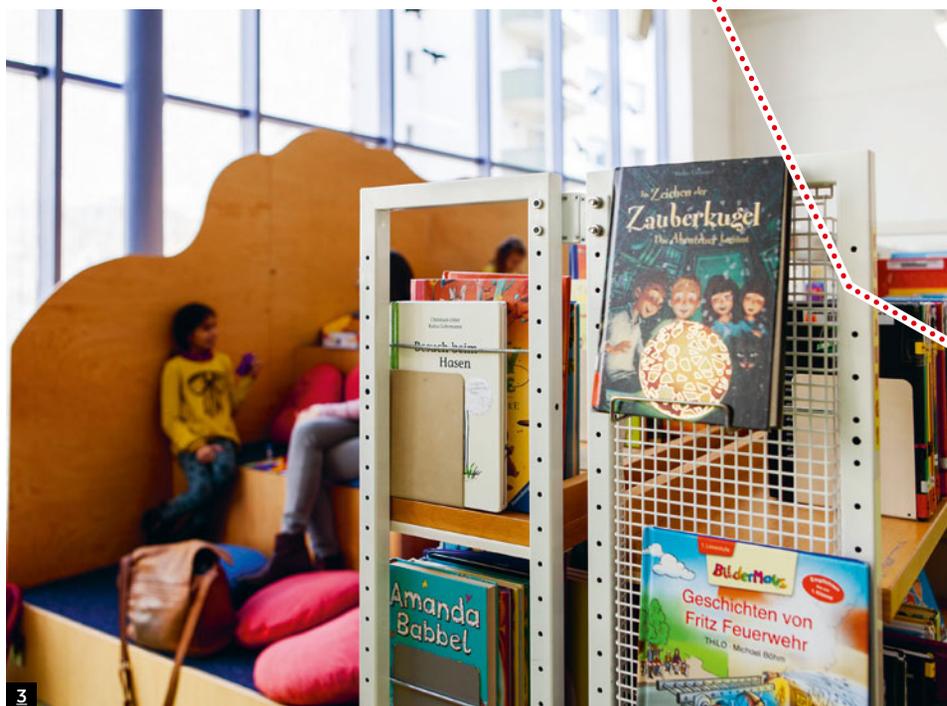


Hier haben Kinder und Jugendliche Räume, die sie sonst nirgendwo in der Stadt haben

Dr. Bernd Schmid-Ruhe
Leiter der Stadtbibliothek Mannheim



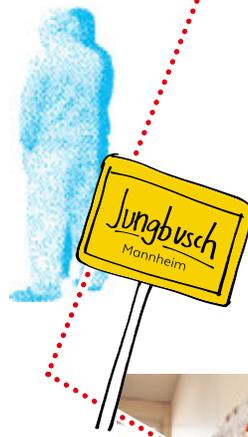
- 1 Die Stadtbibliothek Mannheim
- 2 Dr. Schmid-Ruhe, Leiter der Stadtbibliothek, und Bettina Harling, Bibliothekspädagogik
- 3 Platz für viel gemeinsames Verweilen: die Kinder- und Jugendbibliothek Mannheim



CHANGE² – Wandel im Quadrat

Dass die drei Bereiche Bildung, Jugend und Gesundheit in einem Dezernat angesiedelt sind, ist eine neue Entwicklung, die von der Stadt bewusst vorangetrieben wurde. Ausgangspunkt war der Ende 2007 gestartete Modernisierungsprozess der Verwaltung, in dessen Verlauf Wirkungsziele erarbeitet wurden, an denen sich die Arbeit der Verwaltung orientieren soll. Drei dieser Ziele betreffen direkt den Bereich Bildung: Talente fördern, Toleranz leben und Bildungsgerechtigkeit erhöhen. Den Anstoß gab Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz, ehemaliger Bildungsdezernent der Stadt: „Wir verfolgen eine Gesamtstrategie mit acht strategischen Zielen, die für die Entwicklung unserer Stadt besonders bedeutsam sind. Drei dieser Ziele sind unmittelbar mit Bildung verknüpft, da Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen der Schlüssel zu Chancengerechtigkeit und sozialer Teilhabe ist. Die Mannheimer Bildungsstrategie setzt daher bewusst auf eine aktive Gestaltung der lokalen Bildungslandschaft durch die Kommune. Die Einbeziehung lokaler Akteure spielt hierbei eine besondere Rolle.“

Das bereits mehrfach ausgezeichnete Programm startete im Jahr 2008 und ging 2014 in die zweite Phase. Gesamtziel bis 2019 ist es, eine modern arbeitende, auf Leistungs- und Wirkungsziele ausgerichtete Stadtverwaltung aufzubauen. Ein kohärentes, auf validen Daten basierendes Bildungsmanagement ist für die Erreichung dieser Ziele für Mannheim ein wesentlicher Baustein.



- 1 Vorbereitungsklassenraum der Ganztagschule
- 2 Hildegard Littig ist Konrektorin der Jungbusch-Schule
- 3 Konzentrierter Unterricht im Klassenzimmer



der des Projekts „Lesespaß für die Kleinsten“ mit ihren Vorleserinnen und Vorlesern in einer Ecke gemütlich. Und auch die „Vorlesepaten“, ein Projekt der Stiftung Lesen und der Stadt Mannheim, finden sehr oft den Weg hierher.

Auf der Empore des hellen, von einer Seite nur aus Fenstern bestehenden Raums, stehen viele Einzigartigkeiten auf Stapeln und in hölzernen Regalen. Neben ganzen Klassensätzen an Büchern für den Unterricht, befinden sich hier gut 40 so genannte Erzählkoffer und 180 Medienkisten, mit denen Lesepatinnen und Pädagogen umfangreiches didaktisches Material zur Verfügung haben. „Für dieses Angebot fahren viele Pädagoginnen und Pädagogen nicht selten 40 bis 50 Kilometer. Nicht nur über Länder-, sondern auch über Bundesgrenzen hinweg“, erzählt Bettina Harling aus der Bibliothekspädagogik stolz.

Die Jungbusch-Grundschule – Integrierte Bildung braucht neue Schulen

Der dicht bebaute, zur Innenstadt gehörende Stadtteil Jungbusch ist einer der internationalsten der Stadt, ein so genannter Ankommensstadtteil. Über 90 Prozent der Familien im Einzugsgebiet der Schule haben einen Migrationshintergrund; die meisten von ihnen kommen aus Osteuropa.

Die gleichnamige Jungbusch-Grundschule ist Baden-Württembergs erste Ganztagschule und war lange Modellschule des Landes. Vor den Toren der Schule steht die MoBi, der mobile Teil der Stadtbibliothek. Die Jungbusch-Grundschule ist eine von insgesamt 14 Stationen, die die Mobile Bibliothek anfährt. „Aus gutem Grund“, erläutert Dr. Bernd

Schmid-Ruhe. „Wir wollen nicht mehr darauf warten, dass die Leserinnen und Leser zu uns kommen – wir kommen zu ihnen.“ Und so entsteht ein dichtes Netzwerk mit allen Schulen und Kindertageseinrichtungen der Stadt.

Doch dabei bleibe es nicht, erklärt Hildegard Littig, Konrektorin der Schule: „Wir und fünf weitere Schulen verfügen zusätzlich in unseren Räumlichkeiten über eine Lese-Oase.“ Die Mannheimer Stadtbibliothek und der Lions Club unterstützten bei der Bestückung der Regale. Die Lese-Oase ist ein Raum, ausgestattet mit Büchern und Bastelmaterialien. Gefördert von der Stiftung Lesen treffen sich hier unter anderem die speziell geschulten Vorlesepaten mit den Kindern. Dieser Umgang baut eine wichtige Brücke zur Sprachförderung. Der Jungbusch-Grundschule stehen für diesen Bereich zwei Fachkräfte zur

Verfügung. Das Sprachförderprogramm wird begleitet vom Institut für Fremdsprachenphilologie der Universität Heidelberg. Gearbeitet wird jeweils in einer kleinen Gruppe mit maximal sechs Kindern. Die Schülerinnen und Schüler werden integriert gefördert, also nicht aus ihrem eigentlichen Klassenverbund herausgerissen. Die meisten Fächer werden gemeinsam unterrichtet, vier Stunden pro Woche erhalten die Sprachförderkinder eigenen Deutschunterricht.

Die Justus-von-Liebig-Berufsschule - Innovative Ausbildungsformate

Von der „Jungbusch“ geht es weiter zur „Justus“. Dort ist gerade Highlife angesagt: An der Justus-von-Liebig-Schule ist heute Berufspraxistag. Die vielen Partner der Schule aus Kommune, der Stiftungslandschaft und der Wirtschaft sind vertreten. Die „Justus“ liegt in der Neckerstadt-West, ebenfalls ein Ankommensstadteil.

Noch eine Besonderheit weist die Jungbusch-Grundschule auf: Neben den gewöhnlichen Klassen mit bis zu 24 Schülerinnen und Schülern gibt es eine Vorbereitungsklasse. In dieser Klasse werden Kinder, meist neuzugewanderte aus Südosteuropa, auf das Regelsystem vorbereitet. Denn einige von ihnen haben keinerlei Schulerfahrung aus ihrer Heimat mitgenommen. Ein Pendant dazu gibt es ebenso im Bereich der Werkrealschule.

Dass die Schule so arbeiten kann, wie sie arbeitet, sei kein Zufall, so Littig. Mannheim setzt mit dem „Wirtschaftsmodell Schule“ stark auf die Eigenständigkeit der Schulen: „Wir haben Ressourcen von der Stadt gestellt bekommen und können im Rahmen bestimmter Vorgaben frei darüber verfügen. Das ist in der alltäglichen Arbeit sehr hilfreich, weil wir uns passend zu den Bedarfen vor Ort entwickeln können.“ Ebenso wird mit einem Integrationsfonds verfahren, der Schulen mit mehr als fünf südosteuropäischen Zuwandererkindern Mittel für individuelle Sofortmaßnahmen zur Verfügung stellt.

Die Jungbuschhalle Plus X - Akteursvielfalt im Verbund

Wie stark die Bildungsnetzwerke in Mannheim miteinander verwoben sind, zeigt außerdem das 2009 neu errichtete Gebäude mit dem vielversprechenden Namen „Jungbuschhalle Plus X“. Die Halle gehört zum Gelände der Grundschule und in ihr befindet sich das Quartiermanagement Jungbusch, das vom Gemeinschaftszentrum Jungbusch betrieben wird. Zur Trägerschaft gehören seit 1986 der Caritasverband, Diakonie, Arbeiterwohlfahrt sowie der Bewohnerverein und die Jugendinitiative Jungbusch. Das Gemeinschaftszentrum bietet Raum für eigene und angemietete kulturelle, sportliche und stadtteilbezogene Veranstaltungen. Vom Mädchentreff, der explizit auch muslimische Jugendliche anspricht, bis hin zu Nachhilfe, angeboten von der Jugendinitiative. Auf dem Dach befindet sich außerdem eine Spiel- und Sportanlage. Sogar ein Sportverein hat sich im Zuge der Nutzung gegründet. Hauptaufgabe ist es, den Stadtteil mit seiner kulturellen Vielfalt aufzuwerten und vor allem Akteure nonformaler Bildung miteinander zu verbinden.

Die berufsbildende Schule unterrichtet momentan zahlreiche Zugewanderte in „VA-BO“-Klassen (Vorqualifikation Arbeit und Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse). Aktuell sind 41 Geflüchtete in solchen Klassen untergebracht. Seit März 2016 absolvieren sie ein Praktikum, im September gehen sie dann in die Ausbildung. Im Bereich Übergang Schule-Beruf wird zudem gerade die Maßnahme „AV dual“ (duale Ausbildungsvorbereitung) unter anderem in zwei Klassen der Justus-von-Liebig-Schule erprobt. Zielgruppe sind junge Erwachsene, die nach ihrer schulischen Ausbildung weiteren Förderbedarf haben. Mithilfe eines dazugehörigen Betriebspraktikums sollen erste praktische Erfahrungen und berufliche Kontakte geknüpft werden. Die Phase dauert insgesamt ein Jahr. Konkret arbeiten in Mannheim die Justus-von-Liebig-Schule, die Agentur für Arbeit Mannheim, die Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar, die Handwerkskammer Rhein-Neckar-Odenwald, der Förderband e.V. und die Stadt Mannheim mit dem Fachbereich Bildung zusammen, der das vom Wirtschaftsministerium des Landes gestartete Pilotprojekt koordiniert.

„Es gab einen Paradigmenwechsel auf dem Arbeitsmarkt: Früher konkurrierten mehrere Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz. Heute umwerben mehrere Firmen einen Bewerber.“ Da sei es schon etwas Besonderes, wenn in einem Projekt großer Ausbildungsbetriebe Firmen bis zu 30 Ausbildungsplätze für Neuzugewanderte schaffen, so Elsbeth Ruiner, Schulleiterin der Justus-von-Liebig-Schule.

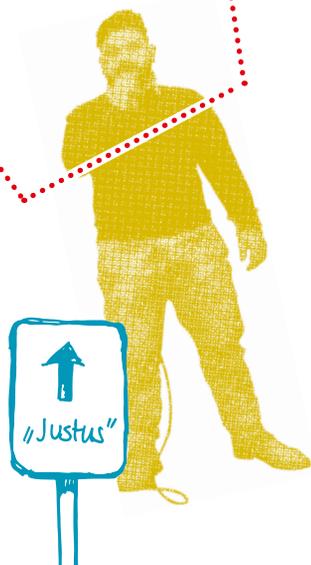
Sowohl die Verwaltung der Stadt Mannheim als auch die Akteure selbst haben in den letzten Jahren die Vernetzung innerhalb der kommunalen Bildungslandschaft mithilfe unterschiedlicher Instrumente gemeinsam und aktiv vorangetrieben. Auf diese Weise entstanden zwischen Institutionen und Akteuren kurze Wege. Entwicklungen, wie die Neue Migration, stellen zwar eine Herausforderung für die Stadt dar. Im Krisenmodus sind die Mannheimer Bildungsakteurinnen und -akteure jedoch nicht.

LINKS

Alle genannten Institutionen, Projekte und Materialien:
www.transferagenturen-grossstaedte.de/magazin-2016/stadtpaziergang



1 Die Leiterin der Justus-von-Liebig-Berufsschule Elsbeth Ruiner
 2 Die Berufsschule in der Neckerstadt-West bildet in zahlreichen handwerklichen Berufen aus



Weg mit den Fachressorts?

Von klassischer Verwaltung und Governance im Bildungsbereich

Dr. Anika Duvneck, Freie Universität Berlin, und Prof. Kunibert Wachten, Architekt und Stadtplaner, sind Beiratsmitglieder der Transferagenturen für Großstädte. Im Chat diskutierten sie, ob die klassische Organisation in Fachressorts ausgedient hat.



Julia Nast:

Oft wird argumentiert, dass sich Verwaltung angesichts der Herausforderungen im Bildungsbereich neu aufstellen muss. Hat sich das klassische Verwaltungshandeln überlebt?

Kunibert Wachten:

Zwar fehlt mir als Stadtplaner ein vertiefter Einblick in die Bildungsressorts, aber bei der Erarbeitung von Stadtentwicklungskonzepten habe ich die Erfahrung gemacht, dass ressortübergreifendes Handeln an Stellenwert gewinnt. Heute gilt es, auch aus finanziellen Gründen, Synergien zu suchen und öffentliches, intermediäres und privates Engagement zu verknüpfen. Dies verlangt ein Denken, Planen und Umsetzen in integrierten Projekten und mehr Schnittstellenkompetenz, Koordinations- und Kommunikationsfähigkeit bei Verwaltungsakteuren. Bei Ordnungsaufgaben, wie bei Bau- oder Schulaufsicht, ist klassisches Verwaltungshandeln nach wie vor erforderlich; bei Entwicklungsaufgaben reicht es nicht mehr.



Julia Nast:

Wieso gelingt die Zusammenarbeit trotzdem oft nur schwer?

Anika Duvneck:

Häufig wird beklagt, dass bereichsübergreifende Maßnahmen durch eine fehlende gemeinsame Finanzierung verhindert werden. Grundlegender scheint mir, dass die institutionellen Trennungen über Jahre den Austausch zwischen Akteuren im Bildungsbereich unterbunden haben. Es gab schlicht wenig Anlass, um aus der Routine auszubrechen. So fehlt es oft an der Vorstellung von der Arbeit der anderen.



Julia Nast:

Und wie kann ein ressortübergreifender Austausch gefördert werden?

Anika Duvneck:

Die Beteiligten brauchen Gewissheit, dass Kooperation kein Sparmodell ist. Angesichts gedeckelter Haushalte kommt es häufig dazu; das erzeugt Widerstand. Zu Recht: Mehr Qualität mit weniger Ressourcen zu erreichen, gleicht der Quadratur des Kreises. Ein vielversprechendes Vorgehen zeichnet sich dort ab, wo die Debatte um Kooperation Auseinandersetzungen über die Bedingungen für eine fachlich angemessene Unterstützung junger Menschen auslöst. Überzeugen die Vorteile, lassen sich strukturelle Veränderungen im Konsens durchsetzen – und die Voraussetzungen für substantielle Kooperationen sind geschaffen.



Kunibert Wachten:

Austausch hilft, Gemeinsamkeiten zu identifizieren – beispielsweise zwischen der Quartiersrevitalisierung und dem Erhalt von Freiflächen für emanzipative Jugendarbeit. Die Bereitschaft zu integriertem Handeln ist dafür die Voraussetzung, aber nicht immer gegeben. Denn Sichtbarkeit und Selbstschutz können zu Abgrenzung führen. Gerade deshalb brauchen integrierte Projekte mehr finanzielle und personelle Würdigung sowie politische Anerkennung.



Julia Nast:

Die Erfahrung zeigt, dass gerade dies schwer ist: Zwar wird die Kooperationsnotwendigkeit betont; trotzdem gibt es Ressortegoismen und im politischen Prozess ist die Zuordnung von Erfolgen zentral. Was tun?

Kunibert Wachten:

Diese Widersprüche sind fast wesenseigen. Die Früchte einer integrativen Bildungsoffensive oder einer offenen Kulturpolitik lassen sich nicht in vier bis fünf Jahren ernten. Für integrative Projekte braucht man deshalb Rückendeckung der Öffentlichkeit, von Initiativen, Institutionen, der Wirtschaft und der Wissenschaft. Dafür muss man sich in geeigneten Dialogformen dem öffentlichen Diskurs stellen, Überzeugungsarbeit leisten und Mitwirkung ermöglichen. So gelingt auch die notwendige Honorierung!



Julia Nast:

Sind neben Austausch und Honorierung gemeinsam verantwortete und finanzierte Projekte ein Ansatz?



Anika Duveneck:

Definitiv! Der Blick in die Praxis zeigt, dass bereits neue Wege erprobt werden, etwa durch Innovationsfonds. Ansatzpunkte können aber auch Fachveranstaltungen, Fortbildungen oder die gemeinsame Arbeit am Bildungsmonitoring sein. Der Aufbau von Kooperationsstrukturen sollte auf Austausch und der Einrichtung fachlich angemessener Bedingungen basieren. Wird hingegen an den Strukturen gerüttelt, halten sich alle am Bestehenden fest, um vorhandene Sicherheiten nicht zu verlieren.



Kunibert Wachten:

In der Städtebauförderung ist es so, dass Maßnahmen, die keinen integrativen Ansatz verfolgen und nicht Ergebnis eines dialogorientierten Prozesses sind, keine finanziellen Mittel erhalten. Auch das Prinzip der Fonds, die sich aus unterschiedlichen Geldquellen speisen, gewinnt an Bedeutung.



Julia Nast:

Bisher haben wir die Förderung ressortübergreifenden Handelns diskutiert. Gibt es bei der Aufgabe von Fachzuständigkeiten auch etwas zu verlieren?



Kunibert Wachten:

Ja! Nicht alles lässt sich kooperativ und integrativ umsetzen. Meines Erachtens ist es zwingend notwendig, Leitbilder, Stadtentwicklungsziele und Handlungsgrundsätze für alle Ressorts in Dialogprozessen festzulegen. Dann muss präzise bestimmt werden, welche Maßnahmen aus fachlicher Sicht der Mitwirkung anderer Ressorts bedürfen und welche nicht. Zudem besteht die Gefahr, dass „lobbyarme“ Ressorts in der Außenwirkung untergehen. Es ist viel einfacher, den Neubau eines Bildungshauses zu präsentieren, als die dahinter stehende Vernetzung lokaler Bildungsträger.



Anika Duveneck:

Gerade jetzt, wo Bildungspolitik im internationalen Wettbewerb um formale Bildungserfolge steht, ist eine gesetzlich gesicherte, eigenständige Jugendarbeit eine große Errungenschaft. Momentan werden Freiräume häufig in Wert gesetzt, etwa durch eine einseitige Ausrichtung von Jugendarbeit auf Schule. Nur wenn die Fachressorts unabhängig voneinander agieren, können sie ihre Perspektive im Ringen um die besten Argumente gleichberechtigt einbringen. Damit Gesetze und Strukturen ihre ursprüngliche Funktion erfüllen können, sind aber fraglos Anpassungen erforderlich, da sich die Bedingungen seit ihrer Entstehung – etwa durch gedeckelte Haushalte – stark verändert haben.



Julia Nast:

Die Kooperation zwischen den Ämtern ist schon eine Herausforderung – aber was ist mit externen Akteuren? In der Stadtplanung gibt es seit Langem Beteiligungsverfahren. Kann dies eine Blaupause für kommunale Bildungsplanung sein?



Kunibert Wachten:

Ohne dialogorientierte Prozesse und Einflussmöglichkeiten für die Öffentlichkeit lässt sich heute kein Projekt mehr auf den Weg bringen. Die Erfahrung zeigt: Es ist auch immer ein sachlicher Gewinn. Zurückhaltend bin ich bei Blaupausen: Erfahrungstransfer behagt mir mehr, weil es nicht der modellhaften Vorlage, sondern des Austauschs bedarf.



Neue Migration und Bildungsmanagement

1 Grenzen überwinden: Perspektiven für die Integration Geflüchteter

Das Heft des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. versammelt aktuelle Aufsätze zu relevanten Themen rund um die Aufnahme von Flüchtlingen in Kommunen. Kinderschutz, medizinische Versorgung, die Situation geflüchteter Frauen, kommunale Wohnkonzepte und rechtliche Rahmenbedingungen werden aus kommunaler Sicht erörtert.

Prof. Dr. Peter Buttner (Hg.), Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., 2015, ISBN: 978-3-7841-27552

2 Bildung ist Gemeinschaftsaufgabe: Stiftungen und ihr Beitrag zu einem kommunalen Bildungsmanagement

Im Rahmen der Bildungsinitiative „Lernen vor Ort“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung förderte der Bund 40 Modellkommunen in Deutschland. Erstmals schlossen sich flankierend zum Förderprogramm 180 Stiftungen zusammen,

um Kommunen beim Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements zu unterstützen. Die Erfahrungen liegen in einem Dokumentationsband vor.

Sabine Süß (Hg.), Bundesverband Deutscher Stiftungen, 2015, ISBN: 978-3-941368-68-2

3 Die weltoffene Stadt

Menschen verändern eine Stadt. Durch ihre Kultur, ihre Arbeit, ihren Alltag. Dadurch entwickeln sich Städte nicht nur offener, sondern erhalten ebenso ihren Charakter als interessante Metropole. Dass hohe Migration eine Stadt zwar vor Herausforderungen stellen kann, sie gleichzeitig jedoch kulturell, wirtschaftlich und sozial voranbringt, ist die These dieses Essays.

Erol Yildiz, Transcript Verlag, 2013, ISBN 978-3-8376-1674-3

Unwahrscheinlich erfolgreich – Sozialer Aufstieg in der Einwanderungsgesellschaft

Die Beiträge dieser Publikation untersuchen die beruflichen (Aufstiegs-)Wege der Kinder der Arbeitsmigranten, die in den 60er

und 70er Jahren aus der Türkei nach Deutschland gekommen sind. Ein Ergebnis: Die meisten Aufstiege gelangen trotz und gegen die Empfehlungen und Einschätzungen von Lehrkräften. Dem Bericht liegen Daten der Untersuchung „Pathway to Success“ zugrunde, die in den Jahren 2011 bis 2015 am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück durchgeführt wurde.

Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück (Hg.), 2016, ISBN: 978-3-9803401-7-5

4 Ein neues Land

Die Graphic Novel kommt ohne Worte aus. Einfühlsam erzählt Tan den Weg eines Menschen, der nach Flucht und Auswanderung in einem fremden Land ankommt. In teils verstörenden Bildern werden Fremdheit, Einsamkeit und die sprachlichen Barrieren zwischen dem Migranten und den Bewohnern des neuen Landes gezeigt.

Shaun Tan, Carlsen Verlag, 2008, 978-3-551-73431-0

5 generation mix: Die superdiverse Zukunft unserer Städte und was wir daraus machen

Wie kann eine Gesellschaft nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch „Einwanderungsgesellschaft“ werden? *Superdiversity* lautet der englische Fachbegriff dafür, dass es in deutschen Großstädten bald keine Mehrheitsgesellschaft mehr geben wird. Das Buch informiert anhand von Umfragen und Interviews über die Generation Mix – eine Generation, die bereits mehrsprachig aufwächst und interkulturelle Wurzeln hat.

Jens Schneider, Maurice Crul, Frans Lelie, Waxmann Verlag, 2015, ISBN: 978-3-8309-3182-9

6 Kommunales Bildungsmanagement als sozialer Prozess: Studien zu „Lernen vor Ort“

In dem Buch werden verschiedene empirische und theoretische Studien der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Programm „Lernen vor Ort“ zusammengeführt. Die Studien basieren vor allem auf qualitativen Analysen und spiegeln einen Erkenntnis-

1

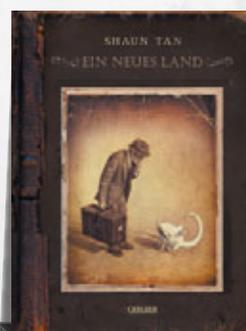
2

3

4

5

6



prozess wider, der sich im Laufe der Programmumsetzung und der Durchführung der wissenschaftlichen Begleitforschung entwickelt hat. Im Zentrum stehen dabei die vielfältigen Entwicklungsprozesse beim Aufbau und der Weiterentwicklung eines datenbasierten, kommunalen Bildungsmanagements.

Arbeitsgruppe „Lernen vor Ort“ (Hg.), Springer Verlag, 2016, ISBN: 978-3-658-12442-7

Checkliste: Kommunales Bildungsmanagement gemeinsam gestalten – Was Stiftungen und Kommunen wissen und beachten sollten, wenn sie eine Bildungslandschaft in Kooperation entwickeln wollen

Stiftungen, Kommunen und andere lokale Akteure können anhand der Checkliste prüfen, ob sie auf dem Weg zu einem kooperativen Ansatz an die wichtigsten Schritte und Bausteine gedacht haben.

Koordinierungsstelle des Netzwerkes Stiftungen und Bildung im Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hg.)
(anne.luetzelberger@stiftungen.org)

 **LINKS**

Willkommen bei Freunden – Themenportal des BMBF und der DKJS
www.willkommen-bei-freunden.de/themenportal

Geflüchtete Kinder und Jugendliche in der Ganztagschule
www.ganztaegig-lernen.de/gefluechtete-kinder-und-jugendliche-der-ganztagsschule

Migration – Grundlagendossier der Bundeszentrale für politische Bildung
www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration

Neuland – Dokumentarfilm
www.neuland-film.de

Tarek Chalabi – Kurzfilm
www.youtube.com/watch?v=mObvYfKUI4

Förderprogramm: Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte

Mit dem Förderprogramm ermöglicht das Bundesministerium für Bildung und Forschung allen Kreisen und kreisfreien Städten die Einstellung von kommunalen Bildungskordinatorinnen und -koordinatoren. Ziel ist es, die Bildungsangebote für Neuzugewanderte vor Ort zu koordinieren und dabei auf bereits vorhandene Strukturen zurückzugreifen. Gestärkt werden soll auch die Kooperation aller Bildungsakteure und die ämter- und ressortübergreifende Arbeit im Themenfeld Integration durch Bildung. Die Fördermaßnahme ist eingebettet in die „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement“ und wird flankiert durch die Arbeit der Transferagenturen.

Die Transferagenturen für Großstädte bieten Veranstaltungen zum Thema an und unterstützen interessierte Kommunen bei der Antragsstellung sowie bei der Umsetzung.

 **LINKS**

Förderrichtlinie, FAQ zur Förderrichtlinie, Richtlinien für Zuwendungsanträge auf Ausgabenbasis (AZA) und weitere Unterlagen:
www.transferagenturen.de/bildung-fuer-neuzugewanderte.php

Fachgruppen im Großstadtnetzwerk und Fortbildungen der Transferagenturen:
www.transferagenturen-grossstaedte.de/veranstaltungen

IMPRESSUM

Magazin für kommunale Bildungslandschaften 1|2016
bewegt

Texte

Dr. Lutz Liffers, Svenja Schönbeck, Sarah Küchau, Julia Nast, Kathrin Flaspöler, Dunja Batarilo

Redaktion

Sarah Küchau, Dr. Lutz Liffers, Svenja Schönbeck

Gestaltung

Studio GOOD, Berlin

© Herausgeber

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung gemeinnützige GmbH
Tempelhofer Ufer 11
10963 Berlin

ISBN 978-3-940898-43-2

(3., leicht überarbeitete Auflage)

Bildnachweis

Frank Scheffka: Titelbild, S. 5 (unten), 15-19; Golden Eyes Fotostudio: S. 20-21 (Dr. Anika Duvencek); Kathrine Uldbæk Nielsen: S. 5 (oben & Mitte), 6, 8, 10-11; Mia Marinkovic: S. 20-21 (Julia Nast), Rücken (unten); Piero Chiussi: S. 2; Wirtschaftsförderungsgesellschaft Münster: S. 20-21 (Prof. Kunibert Wachten); R. Zillmer: Rücken (oben)



Ihre Meinung ist uns wichtig!

Wie hat Ihnen diese Publikation gefallen?

Was können wir besser machen?

Wir freuen uns über Ihr Feedback.

sarah.kuechau@transferagenturen-grossstaedte.de

Die Transferagenturen für Großstädte der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung unterstützen Städte beim Aufbau eines datengestützten Bildungsmanagements. Sie sind Teil der „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement“. Die Transferinitiative nutzt Erfahrungen aus dem 2014 ausgelaufenen Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ und ähnlicher Ansätze und macht diese für Kommunen nutzbar, die ihre kommunale Bildungslandschaft weiterentwickeln wollen. Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Partner sind die Alfred Toepfer Stiftung F.V.S., die Bürgerstiftung Bremen, die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, die Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg und die Bremer Senatorin für Kinder und Bildung.

www.transferagenturen-grossstaedte.de

Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) setzt sich für Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen ein. Für dieses Ziel bringt die DKJS Akteure aus Staat, Wirtschaft, Praxis und Zivilgesellschaft zusammen und entwickelt mit ihnen praktische Antworten auf aktuelle Herausforderungen im Bildungssystem.

www.dkjs.de



Das Umschlagfoto entstand bei Recherchen in der lokalen Bildungslandschaft Gröpelingen.